

Metropolenkongress 12.3.2011 – Bundestagsfraktion

## **Panel: KRAFTWERK STADT – Stadt als Ganzes denken**

### **Strom- und Wärmeversorgung in Berlin**

Franziska Eichstädt-Bohlig MdB Berlin

Ich will über die Ziele und Zielkonflikte der Energieversorgung in Berlin berichten. Berlin ist keineswegs ein energiepolitisches Vorbild. Aber die Probleme großer Städte kann man hier gut studieren. Ebenso wie Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Energieversorgung, denen auch wir Grüne uns stellen müssen.

#### **1. Einige Angaben zur Charakteristik der Stadt:**

Berlins Vorteile:

Berlin hat eine erstaunlich günstige CO<sub>2</sub>-Bilanz mit unter 6 t CO<sub>2</sub> pro Einwohner im Jahr und liegt ca 40 % günstiger als der Bundesdurchschnitt mit 9,7 t CO<sub>2</sub> pro E. (Zahlen von 2006). Das liegt zum einen an der schwachen Industriestruktur Berlins; zum anderen ist die Stadt, insbesondere in den gründerzeitlichen Innenstadtteilen, sehr dicht und kompakt bebaut. Durch die vierzig Jahre Westberliner Insellage und Ostberliner Massenwohnungsbau ist der Anteil an energiefressenden Kleinsiedlungsgebieten vergleichsweise gering. Nach der Vereinigung wurden die Großsiedlungen Ost durchweg energetisch saniert und auf einen akzeptablen Energiestandard gebracht. Etwa ein Drittel der Stadt, insbesondere in den östlichen Bezirken, wird mit Fernwärme versorgt. Berlin ist in Deutschland die Stadt mit dem größten Fernwärmeanteil und mit per Kraft-Wärme-Kopplung erzeugter Energie. Dadurch ist die Auslastung der Kraftwerke vergleichsweise günstig.  
Last but not least: Berlin hat mit 324 Pkw pro 1.000 Einwohner den niedrigsten Autobesatz in Deutschland (üblicherweise haben Städte zwischen 450 und 550 Pkw pro 1.000 E).

Berlins Nachteile:

Die Landespolitik hat in den letzten 20 Jahren die bereits in den 80er Jahren entwickelten Initiativen für umweltverträgliches und energieeffizientes Bauen stark ausgebremst. Der große Bauboom, den die Vereinigung ausgelöst hatte, ist nur marginal für umwelt- und klimapolitische Innovationen genutzt worden und hat keine Kultur des energetisch anspruchsvollen Bauens ausgelöst. Auch die Hochschulen haben hier über lange Zeit nur wenige Impulse gesetzt.

Der rot-rote Senat hat das Thema Klimaschutz in den vergangenen 10 Jahren ausschließlich mit Worten, aber nicht mit Taten bedacht. So hatte der Senat z. B. 2007 im energiepolitischen Arbeitsprogramm ein Energiekonzept für die Stadt und ein Finanzierungskonzept für die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude angekündigt. 2011 liegt keines von beiden vor. Gerade aktuell ist ein Solardachkataster erstellt worden mit 220 000 geeigneten Dächern, von denen aber nur 8.000 als Solardächer genutzt werden. Um den Bau eines Windrads am Stadtrand wurde sehr viel Wind gemacht. Das Klimaschutzgesetz, das das Energiesparen im Gebäudebestand vorantreiben sollte, ist in der Schublade gelandet.

Fazit:

Berlins Ausgangsbedingungen sind gut. Aber die Kraftanstrengungen, sich um den Titel „Klimahauptstadt“ zu bewerben, sind gleich Null.

## 2. Vattenfalls Kraftwerksplanung für Berlin: Biomassekonflikt – Fernwärmekonflikt

Berlin hat sein Stadtwerk BEWAG 2003 an Vattenfall verkauft. Die Stadt wird von insgesamt 10 Heizkraftwerken auf Kohle, Braunkohle, Erdöl und Erdgasbasis mit Wärme und Strom und mit einem großen Anteil KWK versorgt. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Kraftwerke Klingenberg, Mitte, Reuter West, Lichtenberg, Lichterfelde. Nach der Wende wurde das Kraftwerk Mitte modernisiert. Das HKW Lichterfelde soll bis 2015 durch eine moderne Gas- und-Dampfturbinen-Anlage (GuD) auf Erdgasbasis mit einer Wärmeleistung von rund 230 Megawatt thermisch ( $MW_{th}$ ) ersetzt werden. Geplant ist zudem, das alte DDR-Kraftwerk Klingenberg in Lichtenberg zu ersetzen, das mit Braunkohle befeuert wird.

Hier haben wir Grüne im breiten Bündnis mit Umweltverbänden, der lokalen Bürgerinitiative und vielen anderen sehr erfolgreich gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks gestritten.

Jetzt plant Vattenfall, das Kraftwerk Klingenberg durch den Neubau eines KWK-Gaskraftwerks mit 500  $MW_{th}$  und zwei Biomasseheizkraftwerke mit insges. 150  $MW_{th}$  zu ersetzen. Der Konzern hat inzwischen einen ersten Holz-Liefervertrag mit einer Firma in Liberia über die Lieferung von insgesamt 1 Mio Tonnen Holz, verteilt über fünf Jahre, abgeschlossen.

Insgesamt will Vattenfall allein in Berlin perspektivisch 1,3 Mio t Holz pro Jahr verfeuern, zum einen in bestehenden Kohlekraftwerken und später in den Biomasseheizkraftwerken. Dieses Verheizen von Natur im Großmaßstab kann aber nicht die Zukunft des Klimaschutzes sein!

Damit steht Berlin und stehen auch wir Grünen vor einem großen Biomasse-Problem. Wieviel Biomasse darf man der Region zur energetischen Verwertung entnehmen? In Berlin und Brandenburg gibt es bereits viele Anlagen und zahlreiche Planungen für die Nutzung von regionaler Biomasse. Berlins Stadtreinigung plant ein Biomasse-Kraftwerk mit 60 MW in Ruhleben. Die GASAG hat bereits ein Biogaswerk in Rathenow gebaut. In Schwedt wird ebenfalls ein Biospritwerk geplant. Nahrungsmittel und Humusbildung, aber auch die Nutzung von Holzwole und Kurzumtrieb für Dämmstoffe müssen Vorrang haben vor dem jetzt allerorten begehrten Verbrennen von Biomasse.

Ich bin sicher, dass gerade in einer Großstadt wie Berlin das Sammeln von Biomasse aus Resten und Abfällen ein sehr viel größeres Potenzial hergeben als bislang genutzt wird. Beendet werden muss auch der Abfall-Export ins Kraftwerk Jänschwalde: Derzeit werden rund 400.000 Tonnen Biomasseabfälle ineffizient und mit hohen Emissionen an schädlichem Quecksilber verbrannt, um die dortigen klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke wirtschaftlicher machen. Ich meine auch, dass in Brandenburg auf den alten Riesefeldern, den Militärbrachen und den Braunkohleabbauflächen Kurzumtriebsplantagen angelegt und nutzbar gemacht werden können. Auch in der energetischen Verwertung von Gülle steckt noch einiges an Potenzial. Aber auch, wenn alles optimal ausgenutzt wird, kommt eine Region wie Berlin-Brandenburg schnell an ihre Kapazitätsgrenzen.

Zu dem Holz aus Liberia – das hier beispielhaft auch für weitere internationale Holzimporte steht – gibt es aktuell drei sehr unterschiedliche Positionen im Spektrum unserer Berliner Grünen. Die einen meinen, dass es in jedem Fall derzeit gut ist, wenn es so ein Exportgeschäft mit Liberia gibt, weil das Land jeden Schritt nach vorne braucht. Die anderen meinen, der Holzexport wäre verträglich, wenn es vernünftige Nachhaltigkeitskriterien gäbe und dazu eine Kontrolle ihrer Einhaltung.

Ich meine: Wer Liberia – und vergleichbaren Holzexporteuren - etwas Gutes tun will, lässt diese Kautschukbäume nicht verbrennen sondern baut dort eine Fabrik für Holzwolledämmstoff auf. Dann finden dort einige Menschen Arbeit und wir können hier mit Naturdämmstoffen arbeiten und den Styroporeinsatz in der Gebäudesanierung deutlich verringern.

Fest steht für uns: Die energetische Biomassenutzung, die Vattenfall derzeit in Form zweier Holzheizkraftwerke und der Holzzufuhr in Berlin plant, muss sich an den verfügbaren Potentialen ausrichten. Wir werden einem Import von Energieholz nicht zustimmen, wenn es nicht nachprüfbar nachhaltig, sozial verantwortbar und entwicklungspolitisch fair erzeugt und gehandelt wird. Biomasseimporte aus Ländern mit hoher Sozial- und Energiearmut, starken Demokratiedefiziten und korruptionsanfälliger Wirtschaft werden diesen Anforderungen in der Regel nicht gerecht.

Neben dem Konflikt um den Einsatz von Biomasse wird bei der Berliner Kraftwerksplanung ein weiterer grüner Zielkonflikt deutlich:

Der effizienteste Weg, fossile Energieträger zu nutzen, ist deren Einsatz in Kraft-Wärme-Kopplung, wie es zum Beispiel im weitverzweigten Berliner Fernwärmenetz geschieht. Langfristig wollen wir Grünen die Fernwärme jedoch aus verschiedenen Gründen begrenzen und sukzessive zurückfahren: Bis 2050 wollen wir alle Häuser Berlins auf Niedrigenergiestandard sanieren und somit den Wärmebedarf drastisch senken. Im Zuge dessen werden wir die fossile Wärmeerzeugung Schritt für Schritt senken und durch regenerative Energie in dezentraler Nahwärmeversorgung ersetzen. Der Umstieg auf Dezentralität und erneuerbare Wärmeversorgung wird sich jedoch noch über viele Jahre hinziehen. Und klar ist auch: Klimapolitische Priorität ist es, jetzt die Energieversorgung von den Teilen Berlins zukunftsfähig zu machen, die nicht an der Fernwärme hängen, sondern kleinteilig Kohle, Gas und Heizöl verfeuern. Übergangsweise brauchen wir deshalb neue große Gaskraftwerke wie das in Lichtenfelde und Marzahn, mit der die Fernwärmeversorgung effizienter wird – wohlwissend, dass hiermit ein großer Sockel fossiler Energieerzeugung mindestens bis 2040 verbunden ist.

### **3. Dezentrale Energieerzeugung: Sonne, Erdwärme, Abwasserwärme**

Es ist selbstverständlich, dass **Energiesparen und maximale Energieeffizienz** die Basis für jede Strategie in Richtung 100% Erneuerbare Energien sein müssen. Hier soll jetzt aber über Energieerzeugung gesprochen werden. Berlin nutzt bislang seine Potenziale an urbaner regenerativer Energie in keiner Weise aus.

Von 220.000 Dächern, die für **Photovoltaik und Solarthermie** geeignet sind, werden ganze 8.000 genutzt – überwiegend im Einfamilienhausbereich! Dabei sind gerade die Dächer der berlintypischen Gründerzeit-Mietshäuser grundsätzlich sehr gut geeignet für solare Nutzung. Dringend geboten ist es nun, diese Dächer auf ihre statische Eignung für den Anbau von Solaranlagen zu prüfen, um dieses theoretische Potential auch nutzen zu können. Experimente mit solaren Fassaden u. ä. sind bislang noch sehr rar.

**Erdwärme** wird in Berlin bisher vorwiegend im Kleinsiedlungsbereich genutzt. Es gibt aber auch immer mehr Projekte im innerstädtischen Geschossbau mit Erdwärmesonden von 50 bis 150 m Tiefe. Rot-Rot hat diese Energieform leider noch nicht als Chance entdeckt: Genehmigungsverfahren laufen höchst bürokratisch ab. Hinzu kommt, dass entsprechende Projekte oft lapidar mit Verweis auf den Grundwasserschutz abgelehnt werden. Dabei liegen Berlins Trinkwasserschutzgebiete maßgeblich in Treptow-Köpenick und im Bereich Tegeler See, Havel-Wannseebereich.

Berlin braucht dringend Prüf- und Genehmigungsverfahren, die nicht die Verhinderung solcher Projekte zum Ziel haben, sondern auf Grundlage der notwendig zu beachtenden Aspekte schnell und verbindlich Entscheidungen ermöglicht.

**Tiefengeothermie** wird in nächster Zeit zum ersten Mal in Berlin auf dem EUREF-Gelände durch die GASAG erprobt werden. Es heißt, dass die Region Berlin-Brandenburg durchaus geeignet sei. Schließlich haben wir in Potsdam das sehr renommierte Geologische Forschungszentrum sitzen.

**Abwasserwärme** wird in Berlin bisher leider nur in einzelnen Projekten gewonnen. In Kreuzberg hat Vattenfall eine erste Anlage dieser Art installiert, mit der die Wärmeversorgung einer Sporthalle in der Bärwaldstraße abgedeckt wird. In diesem Bereich ist wegen der intensiven Bau- und Nutzungsdichte in der Stadt sehr viel Potenzial gegeben.

Aber auch hier wartet Berlin auf eine Senatsinitiative, die die Nutzung von Abwasserwärme offensiv in Angriff nimmt und die geeigneten Orte planerisch nachweist.

**Blockheizkraftanlagen** für Nahwärme werden in einer Reihe von Projekten seit den 80er Jahren eingesetzt. MikroKWKs bewirbt die GASAG mit großem Einsatz.

#### 4. Das grüne Klima-Stadtwerk

Wir Berliner Grünen sind besonders verärgert darüber, dass der Senat eigene Anstrengungen zu Klimaschutzinvestitionen bei öffentlichen Gebäuden ablehnt. Wir haben mehrere Anläufe unternommen, um einen Klimaschutzfonds für die Sanierung von landeseigenen Immobilien aufzubauen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir ein Klima-Stadtwerk gründen und mit 500 Millionen Euro ausstatten, das systematisch landeseigene Gebäude energetisch saniert und die eingesparten Energiekosten einsammelt, um daraus weitere Investitionen zu tätigen.

#### 5. Fazit:

Aktiver Klimaschutz und die Umstellung auf erneuerbare Energien kosten viel Geld. Noch teurer wird es jedoch, wenn wir nichts tun: Wenn wir jetzt nicht alles Menschenmögliche tun, um den weltweiten Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen, werden deutlich höhere klimawandelbedingte Kosten auf uns zukommen.

Gerade für die kirchenmausarme Hauptstadt Berlin ist hier besonders viel zu tun. Darum muss jede Gelegenheit genutzt werden, um einer zukunftsfähigen Energiestrategie den Weg zu ebnen.

Wir werden noch längere Zeit von Energieimporten abhängig bleiben. Umso wichtiger ist es, jetzt mit ganzer Kraft Energieeinsparung und Energieeffizienz voranzutreiben. Wir dürfen Biomasse für unsere Berliner Energieversorgung nur in nachhaltig darstellbarem Maße verwerten. Holzimporte aus aller Welt sind hierfür kein Zukunftsmodell!

Das Land Berlin muss die energetische Modernisierung der öffentlichen Gebäude aktiv vorantreiben und wir müssen die Zusammenarbeit mit Brandenburg für eine Region der Erneuerbaren forcieren.

Wir müssen die Privatwirtschaft für konsequente Nachhaltigkeitskonzepte gewinnen. Wir müssen alle Eigentümer intensiv werben, als Hauswirte auch Energiewirte zu werden und ihre Potenziale dafür wirklich auszunutzen. Nur so können wir unseren Beitrag zu den Klimaschutzziele erreichen.